

Dresdner Volkszeitung

Hoffschilling: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1202.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meutadt und Dresden-Alttadt

Verantwortlich: Dr. Kambach, Dresden.

Belegpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 5.80, — M., durch die Post bezogen monatlich 6.30, — M., unter Kreuzband für Deutschland in den Städten 1.50, — M., Einzelnummer 25, — M. Sonnabendnummer 80, — M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10, Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbpaltene Nonpareilzeile 50, — M., die halbpaltene Reflamezeile 175, — M., auswärts 80, — u. 300, —. Ausland 300 und 800 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 25 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 15 M.

Nr. 281

Dresden, Montag den 4. Dezember 1922

33. Jahrg.

Deutschland muß bezahlen

Die Folgen nationalistischer Dummheiten

In Stettin, Passau und Ingolstadt haben die Nationalen interalliierte Kontrollkommissionen bei einer Besichtigung befristet und angegriffen. Die Folgen sind neue demütigende Forderungen an Deutschland und die bayerische Regierung sowie eine Geldbuße von je 500 000 Goldmark von den Städten Passau und Ingolstadt.

Poincaré hat diese Forderungen im Auftrage der Entente unterzeichnet. Sein Bedürfnis nach einer Aktion, die seine erschütterte Stellung festigen soll, konnte also schnell Befriedigung finden. Die Nationalisten Deutschlands haben, bewußt oder unbewußt, ihren Freunden jenseits des Rheins zum Schaden des deutschen Volkes wieder in die Hände gespielt.

So sehr wir die Sinnlosigkeit angeblich „nationalistischer“ Preise verurteilen und schärfstes Vorgehen gegen sie verlangen, so müssen wir doch die letzte Note der Entente für undenkbar erklären. Der Eindruck läßt sich nicht verwehren, daß die Note ausschließlich zur Befriedigung Poincarés dient und die Entente ein Opfer seiner Gelüste geworden ist. Der Inhalt der Note spricht nicht von einem Willen zur Friedfertigkeit und zur Gerechtigkeit. Statt dessen beruht ihr wesentlicher Inhalt auf einer spitzfindigen Unterscheidung zwischen „Entschuldigung“, die von der Entente für die Vorkommnisse von den amtlichen Behörden gefordert wurde, und „Bedauern“, das die deutschen Regierungsgestellten über die Vorgänge zum Ausdruck gebracht haben. Und diese Spitzfindigkeit eines Advokaten benützt man jetzt zu einer großen Aktion; sie muß dazu dienen, neuen Haß zwischen die Völker zu säen. Soll auch in Zukunft so der „Friede“ aussehen, den die Alliierten forciert beteuern?

Zum Schluß betont die Note des Herrn Poincaré für die Alliierten, daß, falls die Geldbuße bis zum 10. Dezember nicht gezahlt ist, die alliierten Regierungen zu ihren Gunsten eine Million Goldmark oder den Gegenwert dieser Summe aus den Geldmitteln erheben wollen, die die bayerische Regierung aus der Wahl bezieht, oder, falls diese nicht ausreichen, aus irgendetwas andern von ihnen zu bestimmenden Mitteln im besetzten Rheinland. Der Betitt Vorstufen hat hierzu offenherzig, daß dies die erste Anwendung des Systems sei, durch das die französische Regierung sich direkt bei dem deutschen Schuldner bezahlt zu machen gedankt und vermeint dann darauf, daß Deutschland im besetzten Gebiet Steuern erhebe, Staatseisenbahnen und Bergwerke besitze, die man eines Tages pfänden müsse, wenn sich die Regierung weiterhin der Zahlung der Reparationsschulden entziehen sollte. Das scheint der wirkliche Sinn der Note zu sein. Frankreich will keine Postenuntersuchungen durch Währungsaktionen fördern. Doch es seine Ziele im Rheinlande nicht erreichen wird, sollten ihm die fortgesetzten Verteuerung-

gen der rheinischen Bevölkerung, an der Reichseinheit festzuhalten, aus den letzten Tagen beweisen. Der Wahnsinn der nationalistischen Elemente in den verschiedenen deutschen Gebieten ändert an diesen Ergebnissen nichts — ihm ver- dankt Poincaré nur, daß er seinen neuen Vorstoß gegen Deutschland unternehmen konnte.

Was der Reparation entzogen wird

Die Vorkonferenz der Ententemächte in Paris hat beschlossen, mit Rücksicht auf den 1. Oktober die von Deutschland zu zahlenden Beiträge des Personals der Entente-Kontrollkommission zu vermindern. Es erhalten somit seit 1. Oktober neben ihrem Hauptgehalt in Ententebüros, in Paris monatlich:

1. der vorstehende General	981 800
2. sonstige Generäle in der Stellung eines Abteilungs- chefs	678 275
3. sonstige Obersten und Oberstleutnants, sowie Majore in der Stellung eines Abteilungschefs	491 925
4. sonstige Majore	442 575
5. Hauptleute und Leutnants	417 825
6. Unteroffiziere	227 250
7. Gemeine	187 700

Diese Zahlen sind gerabezu aufzureisend, auch für die Kreise, in denen von nationalistischer Verberbung keine Rede ist.

Die Abrüstungskonferenz Rußlands

Moskau, 3. Dezember. Am Sonnabend trat infolge der Einladung Rußlands die Abrüstungskonferenz mit den Pan- Slaven in Moskau zusammen. Rußlands Delegation sind Kapp und Litwinow. Für Finnland kommt Engel, für Estland Selaus und Palen. Rumänien vertritt den un- gelieblichen Weg einer Vertretung durch Polen. Konferenzthema ist mögliche Landabräkung. Die Russen geben ihre gegen- wärtige Gesamtstärke mit 800 000 Mann an und werden ihre gegen- wärtigen Abrüstungsplan in der ersten Sitzung bekanntgeben. Die Ab- nahme der Landkräfte ist äußerst ungenügend. Der neue sinnliche fran- zösischen Vorgehens. Rußland rechnet mit hartem Friedenverhandlungen vorzuschlagen, so werde Rußland zur Diskussion bereit sein. (7)

In Berlin erklärte Tschitschewin, Rußland wolle zu- nächst den Nachbarn Kontrollzonen schaffen, in denen ein Grenzschutz in einer von den Nachbarn festgelegten Stärke bleiben dürfen, worüber gemischte Kommissionen aus Rußland und Finnland, und es sei zu hoffen, daß es auch zwischen andern Nationen eingerichtet werde.

Nationalismus und Antisemitismus in der Tschecho-Slowakei

Von Josef Gossbauer

Unser tschecho-slowakischer Mitarbeiter schreibt uns: Als im Jahre 1920 zum ersten Male deutsche Abgeordnete das Parlament der Tschecho-Slowakischen Republik betrat, da schrien es den Deutschnationalen selbstverständlich, daß sich alle Parteien, welche grundsätzliche Gesinnungsgenossenschaft gegen das Tschechentum, und sie waren nicht wenig enttäuscht, als die deutschen Sozialdemokraten es rundweg ablehnten, mit den deutschbürgerlichen Parteien eine organi- satorische Einheit zu bilden. Die fünf nationalistischen Parteien — Deutsche Nationalpartei, Deutsche Nationalsozialistische Partei, Deutschdemokratische Freiheitspartei, Deutsche Christlich- soziale Partei und Bund der Landwirte — schlossen sich zum Deutschen parlamentarischen Verbande zusammen. Er sollte den nationalen Kampf der Sudeten-Deutschen zu ein- heits- lichen und planmäßigen gestalten. Die deutschen Sozialdemo- kraten, die außerhalb des Verbandes blieben, wurden nicht wenig wegen ihres nationalen Verrates angegriffen, denn nach deutschbürgerlicher Auffassung, die nur möglich ist infolge absoluter Verständnislosigkeit für das Wesen sozialdemo- kratischer Politik, waren ja sie es, die den Zusammenschluß aller Deutschen unmöglich machten.

In allen Verbänden wurde die so hergestellte deutsche Einheitsfront gepriesen. Aber das Lob galt einem Phantom, denn auch der deutsche parlamentarische Verband war nur So- tafäuschung einer nicht bestehenden Einheit, nicht aber ihr Ausdruck. Es kann auch unmöglich in den nationalen Fragen wirkliche Einheit geben, da ja jede Interessensgruppe sich zur nationalen Frage auf eine besondere, durch ihre wirtschaftlichen Interessen bedingte Art einstellt. Die Deutsche mo- kratische Freiheitspartei ist die Partei der ganz großen Industriellen, die Partei des zum deutschen Volke sich bekennenden jüdischen Bürgertums, vor allem in den großen Städten, eine Partei, in der noch ein letzter Rest vom alten deutschen Liberalismus lebendig ist. Die Prager Intellektuellen und die Großindustriellen haben keine Schmach nach irredentistischen Abenteuer, sie wollen lieber in Ruhe und Frieden Geschäfte machen. Die Deutschdemokratische Freiheitspartei strebt deshalb einen nationalen Ausgleich, eine Verständigung zwischen Deutschen und Tschechen, innerhalb des Staates an.

Auch die Agrarier wollen Ruhe haben, auch sie wollen verdienen, und sie können es am besten, wenn sie endlich Gelegenheiten bekommen, gemeinsam mit den tschechischen Agrariern in der Regierung zu sitzen, anstatt gegen ihre tschechischen Klassenangehörigen in Opposition stehen zu müssen. Und endlich die Christlichsozialen! Sie gedeihen in der „freiwilligen“ und „antifremden“ Republik, an deren Spitze der völkerverweigernde Bekehrte Masaryk steht, außerordentlich gut. Im tschechischen Volke gewinnen sie Anhang, weil sie eine der wichtigsten Regierungsparteien sind. Wenn sie mit in der Regierung sitzen und einige der bedeutendsten Ministerposten innehaben, wird selbstverständlich keine ernsthafte Schul- reform durchgeführt werden, und bleibt die Trennung von Kirche und Staat ein frommer Wunsch. In deutschen Völkern aber gewinnen die Merikalen immer mehr und mehr an Boden, nicht nur, weil das Kleinbürgertum in der deutschen Provinz, das nie wirklich freireligiös war und selbst in den Tagen der höchsten Völkerverherrlichung für Darwin sich den lieben Gott in der Reserve gehalten hat, nun ganz offen in die Arme der alleinseligmachenden Kirche zurückkehrt, sondern auch deshalb, weil es diese Partei ausgezeichnet versteht, in deutschnationalem Gewande aufzutreten. So wie die polnischen Massen die Worte des tschecho-slowakischen Nationalen tragen, nehmen die deutschen Massen in der Tschecho-Slowakei mit Vorliebe die Gestalt des unentwegt und treu zum deutschen Volke stehenden deutschen Priesters an. Die reaktionäre Welle, die jetzt über ganz Europa brandet, schwimmt in der Tschecho-Slowakei den deutschen Merika- len eine Unmasse Anhänger an; warum sollten sie, die hier so gut verstehen, ihre Geschäfte zu machen, von der Tschecho-Slowakei sich ernstlich lösen wollen?

Die Deutsche Nationalpartei aber, die Partei des Kleinbürgertums, der Beamten, Lehrer, — des sogenannten neuen Mittelstandes, kämpft gegen die Konkurrenz, die die tschechische vom Staate geförderte Intelligenz und die tschechische Industrie und Gewerbetätigkeit diesen Schichten bereitet. Sie sieht keine Möglichkeit des Lebens in diesem Staate, wird zudem auch von Verunsicherungen geleitet, die vom nationalen Kampfe und seiner Verwirklichung leben, und so ist sie denn auf den Freidenkismus eingestellt. Sie schloß mit den deutschen Nationalsozialisten, den Verwandten des Münchner Faschistenführers Gittler, schon im Juni dieses Jahres eine engere „Kampfgemeinschaft“ im Rahmen des Nationalverbandes. Und damit war die deutsche Einheit eigen- lich schon durch eine wohlorganisierte Freibeit erfüllt.

Deutsche Nationalpartei und deutsche Nationalsozialisten überrufen die drei anderen Parteien nicht nur an Rühmlichkeit des Judentums, sondern auch an Rühmlichkeit des Judentums, der Herrschaft so oft und so tief ist, weil er aus grenzenloser Vornehmheit entspringt.

Auch in diesem Judentum kommt die Kurst der Kon- kurrenz zum Ausdruck. Waren alle die jüdischen Ärzte, Advokaten, Händler, Schriftsteller, Journalisten usw. nicht da, — dann könnten an ihrer Stelle lauter Arier tätig sein! Also weg mit der jüdischen Konkurrenz! Und wüßten den Juden die deutsche Unbescheidenheit verboten, um wieviel leichter wäre es den arischen

Reichstag und Regierung angelegen?

Von Wilhelm Sellmann, M. d. R.

Herr Reichsminister a. D. Dr. Karl Müller, Bonn, hat in einem Briefe an den Herrn Reichspräsidenten von seinem Amte mit der großen Bitte verabschiedet, daß er durch seinen Rücktritt die Freiheit erhalte, „die Sache“ so auszutragen, wie er es als Minister für Ernährung und Landwirtschaft nicht hätte tun können. Seitdem ist eine Woche verfließen, ohne daß sich Herr Dr. Müller öffentlich geäußert hätte. Dagegen sind inzwischen öffentlich neue schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben worden, die Herrn Dr. Karl Müller in den Verdacht bringen, daß er dem Parlament, dem Reichskabinett und dem Reichspräsidenten grobe Unwahrheiten über seine Vergangenheit gesagt hat.

Der Wahrheit widersprach schon seine Behauptung, daß sich seine sonderbündlerische Tätigkeit im Jahre 1919 in verschleppenden Bahnen gehalten habe; denn die von ihm selbst in der Kölnischen Volkszeitung vom 5. August 1919 ver- öffentlichte Entschließung seines Aktionsausschusses forderte zum Wuchs der Verfassung auf. Herr Dr. Müller hat ferner im Reichstag feierlich beteuert, daß er mit Persönlichkeiten nichts zu tun gehabt habe, „mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben kann“. In der Leitungs-korrespondenz Das Rheinland behauptet nun aber Herr Albert Wolf, der als sehr guter Kenner des einschlägigen Materials gilt:

„Wir sind neugierig, wie Herr Dr. Dörten — denn nur dieser ist mit den Müllerschen Worten gemeint — mit dem Herr Dr. Müller nicht nur einmal verhandelt hat, ihm dieses Bes- taatgenheimzählung wird — Wessely erinnert Herr Dr. Dörten Herr Dr. Karl Müller daran, daß er sich in seinem Wiesbadener Hause in der Bildstraße 14 recht wohl gefühlt habe, daß ihm auch der Dörtiensche Wein wohl bekommen ist, und Herr Dr. Müller von der Unterredung mit General Mangin in den ersten Septembertagen 1919 befristet war, weil es sich überzeugt hatte, daß dieser die Worte Dr. Dörtiens unterstünde. Herr Dr. Dörten wird Herr Dr. Karl Müller auch daran erinnern können, daß es bei dieser Unterredung nicht geblieben ist. Weiß Herr Dr. Karl Müller nicht mehr, wie oft er in dem Auto des Herrn Dr. Dörten fuhr, das die hochverräterischen Zeichen M. R. I. (Mheinische Republik I) auch noch nach dem 11. August 1919 trug. Ja noch mehr! Wenn Herr Dr. Karl Müller sein Gedächtnis anfrucht, dann entsinnt er sich ganz genau, wie man in der Unterredung mit General Mangin diesem seine Pläne über die Gründung eines rheinischen Parlaments auseinandersetzte. Und dann fällt ihm auch plötzlich ein, daß jener Aktionsausflug sich auch wegen der Gründung eines rheinischen Parlaments an den

Volkerbund gewandt hat und diese Eingabe tung auch eine Unter- schrift. Herr Dr. Karl Müller, entsinnen Sie sich?

Aber sogar die französische Rheinische Republik, das Blatt des Herrn Smeets in Köln, beanstandet Herrn Dr. Karl Müller als einflüchtigen Gesinnungsfreund. Sie veröffentlicht den Müllerschen Aufruf vom 10. August 1919, worin gegen man uns Rheinländer von der „landfremden“ preussischen Regierung befreien wolle. Dann aber schreibt Herr Smeets:

„In jenen Tagen hatten wir Gelegenheiten, mit dem Vor- setzer des Hauptauschusses über die Rheinlandfrage zu kon- sultieren und dabei versichert wurde, daß Herr Dr. Müller, daß er, wie auch alle seine Freunde im Innern genau so über die Lösung der Rheinlandfrage denken wie wir.“

Getrennt markieren und vereint schließen, war seine Parole.

Diesem Manne, der in so nahen Beziehungen zu den Hochverräteren stand, hat das letzte Reichskabinett erklärt, daß wegen seiner damaligen Haltung keinerlei Zweifel an Reichsregierung selbst hat dadurch schädlich ihren Säbel vor Herr Dr. Karl Müller gehalten. Herr Reichslanzler Dr. Sano, der die betreffenden Erklärungen im Reichstags- verles, und Herr Reichsjustizminister Dr. Geisinger, der die Untersuchung geführt hat, haben die Pflicht, zu den neuen schweren Anschuldigungen gegen den Minister ihrer Wahl, Herrn Dr. Karl Müller, Stellung zu nehmen.

Gärung in Griechenland

Athen, 4. Dezember. Prinz Andreas wurde vom Krieg- kommando als Führer, einen Angriffsbefehl des damaligen Ober- bauernder Verbannung verurteilt.

Athen, 4. Dezember. In zahlreichen Provinzstädten Griechen- lands, wo die Parteien Gumaris, Stratos und Theodoris auch nach- tioneale Bewegungen ausgebrochen. Auf der Insel Korfu, der Heimat Theodoris, bittet keine Anhänger die enalische unabhän- gige so lange dort die Penakisten herrschten. In Patras und Missolunghi erhoben sich die Anhänger Gumaris gegen die rebo- lutionäre Herrschaft.